



Amerika, du hast es schlechter? Über wechselseitige Arroganz, gespaltene politische Kulturen und transatlantische Unterschiede

Paul Nolte

Zuerst erschienen in: Financial Times Deutschland, 26. November 2010, S.30
unter dem Titel „Das Leben der Anderen“

Amerika hat derzeit keine gute Presse. Aus der Finanz- und Wirtschaftskrise scheint es für die Vereinigten Staaten keinen Ausweg zu geben, trotz Stimulus-Paketen der Regierung und expansiver Geldpolitik der Bundesbank. Die Arbeitslosigkeit bleibt hoch, der Immobilienmarkt kommt nicht von der Stelle. Und die Zwischenwahlen Anfang November haben nur bestätigt, was allgemein bekannt war: Der bisweilen euphorische Optimismus des Wandels, die „Obamania“, ist verfliegen; die politische Dynamik geht von einer konservativen Bewegung aus, die sich „Tea Party“ nennt und auch den gemäßigten Republikanern Schweißperlen auf die Stirn treibt. Die gesamte politische Kultur ist in feindliche Lager gespalten. Die militärischen Operationen haben das Land viel Energie gekostet; Bilanz und Perspektiven in Afghanistan sind düster.

Soweit ist das Bild bekannt – man könnte höchstens darüber streiten, ob die Wirklichkeit die Krisengefühle nicht noch überbietet. Aus europäischer Perspektive, zumal aus der Sicht eines Deutschlands, das vor ökonomischer Kraft derzeit kaum Laufen kann, wird die Diagnose eines amerikanischen Abstiegs, eines Landes kurz vor dem Rückweg aus der entwickelten in die „Dritte Welt“, derzeit besonders markant und auch selbstbewusst gestellt, je nach eigenem Standort mit echter Besorgnis oder mit stiller Befriedigung: Na also, das konnte ja nicht gut gehen, es geschieht ihnen recht. Hält man sich längere Zeit in den krisengeschüttelten USA auf, beginnen die Zweifel an der Stimmigkeit dieses Bildes jedoch zu wachsen. Nicht nur erweist sich im Alltag eine größere Beharrungskraft und Normalität, die den Eindruck eines Landes im Erdbeben Lügen straft. Auch die Eindrücke von Deutschland verändern sich, und man fragt sich, ob das ungenierte, manchmal schon bräsige Überlegenheitsgefühl durch die Wirklichkeit immer gedeckt ist.

Amerika und Deutschland – das in vieler Hinsicht auch stellvertretend für Europa stehen kann – begegnen sich zunehmend in wechselseitigem Unverständnis, in Ratlosigkeit, aber auch in Arroganz. Tatsächlich hat sich die politische Kultur in beiden Ländern auseinander entwickelt, aber nicht erst seit 2008, sondern seit mindestens zwei Jahrzehnten. Auf das beliebte Schema „hier liberal-fortschrittlich, dort – nämlich in den USA – konservativ bis reaktionär“ lässt sich dieser Trend jedoch nicht reduzieren. Beide Seiten stecken voller Spannungen und Widersprüche in Politik und Gesellschaft. Die Unterschiede über den Atlantik in Zeitgeist und Politik aber wurzeln noch tiefer: in demographischen, sozialen und ökonomischen Divergenzen, die Deutsche wie Amerikaner offenbar Schwierigkeiten haben, am jeweils anderen zu verstehen.

Über das wechselseitige Nichtverstehen müsste man nicht so viele Worte verlieren, wenn es nur um die Fortsetzung teils jahrhundertealter Stereotypen ginge. Dazu gehört das ewige Bild vom „geistfeindlichen“ Amerika, das in der europäischen Wahrnehmung der neuen Welt geradezu kanonischen Rang einnimmt, was auch immer sich an amerikanischen Universitäten tut, deren globale Attraktivität eher noch zunimmt;



was auch immer Kunst, Kultur oder Zeitschriften, für die man sich ein deutsches Pendant sehlich wünscht, hervorbringen. Beunruhigender ist, dass sich das Unverständnis wohl mehr als früher bis in die Eliten hinein ausgebreitet hat, und noch nicht einmal die politischen Eliten sind davon noch eine Ausnahme. Die jüngsten Begegnungen von Obama und Merkel offenbaren mehr als sachliche Differenzen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Sie verraten eine tiefe und durchaus wechselseitige Ratlosigkeit darüber, warum der jeweils andere von der Richtigkeit seines Modells der ökonomischen Lebensauffassung so selbstverständlich überzeugt ist.

Die Deutschen fühlen sich dabei nicht nur deshalb überlegen, weil sie aus der großen Krise stärker hervorgegangen sind. Sie handeln auch, längst nach dem Ende der Großen Koalition, im Bewusstsein eines fundamentalen gesellschaftlichen Konsenses über die Koordinaten der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Keine SPD-geführte, keine neue rot-grüne Koalition würde in einen neu-alten Keynesianismus zurückgehen. Was aus liberal-konservativer Sicht Austerität, Markt und Vernunft heißt, das übersetzt sich zumal in grüner Perspektive in generationelle Nachhaltigkeit des Wirtschaftens und Haushaltens. Die politische Kultur Deutschlands hat sich in die Mitte entwickelt, sie ist „zentristischer“ geworden seit der Wiedervereinigung, auch wenn es da die Unwucht der Linkspartei gibt. Sogar gesellschaftspolitisch ist der Konsens, mit etwas Distanz gesehen, breit und belastbar. Ein Sarrazin wird auch von der CDU abgewatscht. Kristina Schröder gegen Alice Schwarzer? Sturm im Wasserglas, aber kein Kulturkampf. Gerade diese Beispiele zeigen aber, dass zu deutschem Überlegenheitsgefühl, sei es in der Immigrations- oder in der Geschlechterpolitik, kein Anlass besteht. Frauen in Führungspositionen; Kinder und Karriere? Es lohnt sich, nicht nur nach Skandinavien oder Frankreich, sondern auch in die USA zu blicken. Einwanderung, Minderheiten? Es knirscht gewaltig, aber so selbstverständlich multiethnisch wie die USA oder Kanada ist keine einzige europäische Gesellschaft, sicher nicht die deutsche.

Umgekehrt hat sich die politische Kultur in den Vereinigten Staaten seit vielen Jahrzehnten, sicher seit den 1970er Jahren, zunehmend polarisiert. Die alten Rollen sind geradezu getauscht worden: Die amerikanische Politik ist ideologischer geworden, während Europa sich entideologisiert hat. Früher erklärte man in Europa mit Recht, das amerikanische Parteiensystem sei ganz anders: Links die Demokraten und rechts die Republikaner, das ging an vielen Stellen, zumal im Süden der USA, nicht auf. Inzwischen ist die Linie klar gezogen: Es gibt kaum noch Demokraten, die konservativer als linke Republikaner sind, und umgekehrt. Barack Obama hat die Demokraten geradezu ein Stück Richtung Sozialdemokratie zu ziehen versucht. Ungleich vehementer ziehen Sarah Palin und die „Tea Party“ die Republikaner nach rechts. Gerade mit der Dynamik dieser Bewegung tun sich Europäer schwer, denn auf dem alten Kontinent sind Protest und soziale Bewegung identisch mit „links“, und konservativer Populismus tendenziell antidemokratisch – nicht so in Amerika.

Die vehemente Polarisierung jedoch hat eine Kultur des Misstrauens genährt, die durchaus wechselseitig ist. Für manche Rechten sind die Demokraten fast schon Vaterlandsverräter – man fühlt sich an die „vaterlandslosen Gesellen“, die SPD im Kaiserreich, erinnert. Ist Obama wirklich in den USA geboren, und ist er nicht ein Muslim? Aber auch auf der anderen Seite, zumal in den liberalen intellektuellen und Universitätsmilieus der Demokraten, sind Bilder des politischen Gegners verbreitet, die wie paranoide Ängste und Verschwörungstheorien anmuten. Den Simplifizierern Rush Limbaugh und Glenn Beck, prominenten konservativen Radio- und Fernsehmoderatoren, entspricht nicht nur ein Michael Moore, sondern auch ein Paul Krugman, in dessen radikal vereinfachter Weltsicht, jede Woche neu in der New York Times, die Republikaner an allem schuld sind, was die Welt und Amerika treffen möge, und



Selbstzweifeln nicht ein Millimeter Platz eingeräumt wird. Die Fähigkeit zur Distanz, zu einer unabhängigen Sicht, ist beiden Seiten auf erschreckende Weise abhanden gekommen.

Die neuen transatlantischen Unterschiede reichen weit über Ideologien und politische Mentalitäten hinaus. Sie betreffen auch gesellschaftliche Basisprozesse und wurzeln zum Teil in ihnen. Unverständnis, das auf Unkenntnis beruht, ist selbst hier anzutreffen, wo man von leicht erreichbaren Zahlen und Fakten ausgehen kann. Das gilt etwa für den fundamentalen demographischen Unterschied zwischen den USA und Europa. Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten ist jung, und sie wächst in einem Tempo, das viele Europäer sich nicht klarmachen. Als Ronald Reagan Präsident wurde, zählte der Zensus 226 Millionen Einwohner. Dreißig Jahre später sind es mehr als 310 Millionen. Man stelle sich Deutschland vor, das um die 107 Millionen liegt, statt allmählich unter die 80 zu schrumpfen. Deutsche Magazine sind voll von Hochglanzreportagen über Dubai und Shanghai, kaum aber über Houston oder Phoenix. Beliebt sind stattdessen Fotos von amerikanischen Neubausiedlungen mit „for sale“-Schildern. Warum bauen die Amerikaner nur wie irrsinnig? Die einfache demographische Antwort darauf: viele Einwanderer und – ja, tatsächlich! – Geburtenüberschuss – ist in Deutschland offenbar unbekannt.

Zugleich ist den Amerikanern ihr eigenes Wachstum so selbstverständlich, dass sie, umgekehrt, die demographische Situation Europas kaum nachvollziehen können. Faustregel: In Deutschland ist der Anteil der über 65-Jährigen so hoch wie in den USA derjenige der unter 15-Jährigen, und umgekehrt. Alterung und Schrumpfung aber sind die maßgeblichen Triebkräfte des ökonomischen Paradigmawechsels der Deutschen zu Konsolidierung und Schuldenbegrenzung, hinter denen die Obama-Administration nur Starrsinn oder gar Böswilligkeit vermuten kann. Die Ökonomie und Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten ist nicht vor allem deshalb konsumorientiert, weil John Maynard Keynes so schöne Bücher geschrieben hat, sondern weil demographische Expansion und Konsum, einschließlich des Häusermarktes, eng zusammen liegen. Konsum, Dienstleistungen und eine kulturell-technologische Innovationskraft, die bis heute nicht nachlässt (Apple, Google, Facebook und Co.), haben die amerikanische Prosperität weit getragen. Möglicherweise markiert die staatliche Rettung der Automobilindustrie jetzt eine wichtige Zäsur: Auf diesen Zweig einer industriellen Produktionsökonomie wollen die USA nicht auch noch verzichten. Der deutsche Sonderweg eines starken industriellen Sektors – nicht nur gegenüber den USA! – ist dennoch kein Patentrezept, das zu Überheblichkeit Anlass geben sollte.

Die Unterschiede nehmen zu. Früher war man gewöhnt, sie im Sinne eines gleichmäßigen Modernisierungsprozesses zu deuten. Die USA, natürlich, führten die Welt an und zeigten den weniger entwickelten Ländern, zumal Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, nur das Bild ihrer eigenen Zukunft – in Karl Marx' berühmter Formel. In den USA mögen viele immer noch daran glauben. In Europa dagegen neigt man inzwischen zur umgekehrten Sicht. Man ist doch der zivilisierte, der fortschrittliche Kontinent, dem die USA mühsam hinterher humpeln: immer noch kriegerisch, immer noch kein Sozialstaat, immer noch mit Rassenkonflikten. Angemessener wäre ein Bild, in dem beide Seiten ihre eigenen, und unterschiedlichen, Wege in das 21. Jahrhundert gehen. Dann könnten beide, Amerikaner und Europäer, ihre Arroganz ablegen und wieder mehr neugierig auf die Vorzüge des jeweils Anderen werden.